

Die Schweizerische Nationalbank auf den Spuren von Silvio Gesell?

Mit der Einführung von Negativzinsen begibt sich die Schweizerische Nationalbank (SNB) auf die ideellen Pfade von Silvio Gesell (1862-1930). Er gilt als eigentlicher „Erfinder“ einer Gebühr auf der Geldhaltung. In seinem Terminus heisst es **Schwund- oder Freigeld** – ein Geld, welches sich periodisch entwertet. Damit wollte Gesell der in Wirtschaftskrisen verbreiteten Hortung von Geld entgegenwirken und dessen Umlaufgeschwindigkeit auf einem hohen Niveau stabilisieren (Silvio Gesell: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“; Selbstverlag, Les Hauts Geneveys, 1916).

Leider war es ihm nicht vergönnt, das reale Experiment von Wörgel (1932) zu erleben, das seine Ideen bzw. „sein“ Geld umsetzte und dieser österreichischen Gemeinde inmitten der grossen Depression der 30er Jahre einen unglaublichen Aufschwung bescherte. Letzterer konnte nur durch ein von der österreichischen Notenbank zur Durchsetzung ihres Geldmonopols initiierten Verbots am 15. September 1933 (unter Androhung von Militärgewalt!) aufgehalten werden (Fritz Schwarz: „Das Experiment von Wörgl“, Synergia, 1951).

Schwundgeld – Schwundfranken?

Silvio Gesell war kein studierter Ökonom. In der Nähe von Luxemburg geboren, wanderte er nach einer kaufmännischen Ausbildung nach Argentinien aus und konnte sich dort als selbständiger Kaufmann ein stattliches Vermögen erwirtschaften. Er lebte danach lange Zeit auf seinem Bauernhof im Kanton Neuenburg, wo er seinen Hobbies, der experimentellen Landwirtschaft und seinen volkswirtschaftlichen Studien frönte. Als „gewöhnlicher“ Autodidakt gelang es ihm, John Maynard Keynes in seinen Bann zu ziehen, der dem „seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten Silvio Gesell (1862-1930)“ in seiner „General Theory“ ungewöhnlich viel Platz einräumte. „Dies führte ihn zu dem berühmten Vorschlag von „gestempeltem“ Geld, mit dem sein Name hauptsächlich in Zusammenhang gebracht wird, und der die Zustimmung von Professor Irving Fisher erhalten hat.“ ... „Der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ist gesund.“ (John Maynard Keynes: „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Duncker & Humblot, Berlin 1994).

Vom sonstigen ökonomischen Establishment wurde Gesell jedoch kaum wahrgenommen bzw. eventuell sogar verdrängt. Weil er u.a. die Verstaatlichung des Bodens (allerdings mit privater Nutzung im Sinne unseres heutigen Baurechts beispielsweise appliziert durch die Genossame Pfäffikon im edlen Hurden) propagierte und sich auch vehement gegen die Ausbeutung in der damaligen Zeit wandte, wurde er gar als „Marx“ der Anarchisten bezeichnet – eine denkbar schlechte Voraussetzung für einen Eingang in die ökonomische Literatur. Keynes bezeichnete seine philosophische Ausrichtung als „anti-marxistischen Sozialismus“ ... , „eine Reaktion gegen das „laissez-faire“, die allerdings auf „eine Entfesselung des Wettbewerbs, statt auf seiner Abschaffung“ beruht. „Ich glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.“ (Keynes „Allgemeine Theorie“).

Ebenfalls belastend für Gesell dürfte sich sein Einfluss auf den Nationalsozialisten Gottfried Feder ausgewirkt haben. Letzterer ist nicht ganz unschuldig an der Tatsache, dass die Reichsbank unter Dr. Hjalmar Schacht („Magie des Geldes“, Econ-Verlag, 1966) 1934 sogenannte MEFO-Wechsel zur Finanzierung von Infrastrukturausgaben (insbesondere Autobahnen) einführte. Diese trugen massgeblich zum „German Miracle“ (TIME Magazine) der Zwischenkriegszeit bei – einem Aufschwung, der die Arbeitslosigkeit in Deutschland innerhalb von drei Jahren von 6.5 Mio. (was einem Drittel der Arbeitsbevölkerung entsprach!) auf 1 Mio. reduzierte. Leider trug dieses ökonomische Wunder zur späteren Finanzierung der deutschen Kriegsmaschinerie und dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges bei, weshalb es wohl auch keinen Eingang in die allgemein akzeptierte ökonomische Literatur fand. Die MEFO-Wechsel waren im Übrigen nicht Schwundgeld, sondern „blosses“ (schuldenunabhängiges) Vollgeld, das möglicherweise auch im Experiment von Wörgl den positiven Haupteffekt auf die Konjunktur auslöste.

Silvio Gesell hat bei den Freigeldlern noch heute zahlreiche Anhänger, nicht nur in der Schweiz. Mit der Negativzins-Politik der SNB, der EZB und weiterer Notenbanken würde ein Revival dieser Bewegung nicht überraschen.

Höhe des Negativzinses

Ob der momentan bestehende Negativzins (-0.75%) die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes allerdings auf ein deutlich höheres Niveau anheben wird, lässt sich kaum schlüssig beantworten, nicht zuletzt weil die Strafzinsen das breite Publikum noch gar nicht flächendeckend erreicht haben. Gesell hatte einen Wochensatz von 0.1% oder 5.2% p.a. vorgeschlagen. Zu diesem Gebührensatz hätten die Schwundgeldscheine periodisch mit Marken gestempelt werden müssen, damit ihr Wert bewahrt werden konnte. Noch fraglicher ist andererseits, ob die heutigen Negativzinsen die Ausländer dazu bewegen werden, weniger Schweizerfranken nachzufragen bzw. die Inländer dazu veranlassen, ihre Fremdwährungspositionen auszubauen.

Die Vermutung scheint (leider) nicht ganz abwegig, dass der Negativzinssatz in dieser neuen Welt mit Blick auf Umlaufgeschwindigkeit und Wechselkurs noch deutlich erhöht werden müsste – allenfalls auf das von Gesell vorgeschlagene Niveau oder sogar noch höher. Weil in diesem Fall die Gefahr besteht, dass die Wirtschaftssubjekte diese Strafgebühr mittels Bargeldbezügen zu umgehen versuchen, schlagen an sich angesehene Wirtschaftswissenschaftler wie die US-Ökonomen Kenneth Rogoff und Larry Summers (beide Harvard University) sowie der Wirtschaftsweise Peter Bofinger vor, das Bargeld abzuschaffen oder es ebenfalls mit einer Gebühr bzw. einem Eintausch-Wechselkurs (gegen Giralgeld) zu belasten. „Die Idee des Bargeldverbots steht für eine irrsinnige Welt“ (Michael Rasch, NZZ online 29.5.2015) und wäre ganz und gar nicht im Sinne von Gesell; eine gebührenmässige Belastung der Bargeldhaltung indessen schon. Er sähe so seine Idee in der modernen Wirtschaft verwirklicht.

Abschaffung des Bargeldes

Paradox an dieser Situation ist, dass die Notenbanken ernsthaft an eine Abschaffung ihres eigenen Geldes und erst noch des (einzigen) gesetzlichen Zahlungsmittel denken. Das Giralgeld

der Banken ist weder gesetzliches Zahlungsmittel noch sonst wie gesetzlich geregelt und es verstösst zumindest in der Schweiz grundsätzlich sogar gegen den Entscheid des Schweizerischen Stimmvolkes vom 29. Juli 1891, der den Banken das Drucken von Geldscheinen verbot und das Notenmonopol dem Bund übergab: „Das Recht zur Ausgabe von Banknoten und anderen gleichartigen (!) Geldzeichen steht ausschliesslich dem Bunde zu.“ (Volksabstimmung über die Revision von Art 39 der Bundesverfassung; Ausrufezeichen vom Autor hinzugefügt). Dass die Banken ihr Geld nicht mehr drucken, sondern einfach buchen, war damals zwar nicht absehbar. Der Gesetzgeber hätte auf diese offensichtliche Umgehung des damaligen Volksentscheides aber insbesondere ab den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts – als sich das Bankenbuchgeld stark zu verbreitern begann – irgendwie reagieren müssen. Das tat und tut er nicht. Es ist eines demokratischen Staates nicht würdig, dass er das Giralgeld der Banken immer mehr zum de facto gesetzlichen Zahlungsmittel mutieren lässt – ohne irgendwelche gesetzliche Grundlage und ohne expliziten Volksentscheid.

Heute besteht die für Transaktionszwecke relevante Geldmenge M1 zu rund 90% aus dem durch die Banken emittierten Giralgeld (das nicht gedruckt, sondern bloss gebucht wird). Vor diesem Hintergrund erscheint die Frage nicht ganz unberechtigt, wie es den Notenbanken gelingen sollte, ein solches Gebilde so zu steuern, dass eine volkswirtschaftlich optimale Geldmenge zustande kommt. Genügen dazu Mindestreserven und die Festlegung eines kurzfristigen Zinssatzes wirklich? Die jüngste Wirtschaftsgeschichte lässt daran erhebliche Zweifel aufkommen. Bereits die Inflationsbekämpfung durch Paul Volcker in den 80er Jahren hatte gezeigt, dass die Zinsen auf ein horrendes Niveau (beinahe 20%!) angehoben werden mussten, um die inflationäre Geldschöpfung der Geschäftsbanken zu stoppen. Nach der Finanzkrise von 2008 war demgegenüber selbst ein Zinsniveau von praktisch Null nicht tief genug, um die Banken dazu zu veranlassen, der Realwirtschaft mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Liquidität war zwar in Hülle und Fülle vorhanden – die Banken zogen (und ziehen) es jedoch vor, die Zusatzliquidität bei der Notenbank zu platzieren oder sie in (Staats-) Obligationen anzulegen. Der Liquiditätsimpuls der Notenbanken erreichte die Realwirtschaft so im Allgemeinen nur am Rande. Silvio Gesell wollte „den Zins in einem Meer von Kapital ersäufen“ – die Notenbanken haben es zu seiner Bestätigung mit einem Meer an Liquidität und „Quantitative Easing“ getan. Die Zinsen sind zwar praktisch verschwunden; die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind bis jetzt aber – zumindest im Euroraum – höchst bescheiden.

Geldpolitik in der Schuldenfalle

Die Krux des Problems liegt in der Art und Weise, wie die Geschäftsbanken Geld emittieren. „Die Banken schaffen neues Geld, indem sie Kredite gewähren“ (SNB Lexikon). Dabei kreieren sie das Geld aus dem Nichts – und nicht etwa, indem sie vorgängig irgendeine Einlage erhalten haben, wie es die Lehrbücher anhand der multiplen Kreditschöpfung vielen Generationen von Wirtschaftsstudenten suggerierten. Das heisst, die Bank spricht einen Kredit (natürlich bzw. hoffentlich gegen die üblichen Sicherheiten) und bucht die entsprechende Summe auf das Konto des Kreditnehmers – und schon ist neues Geld (Buchgeld!) entstanden. Es kann aber sein, dass die Banken keine zusätzlichen Kredite gewähren wollen oder können (weil sie angesichts der Finanzkrise in einem maroden Zustand sind) bzw. die Wirtschaft keine solchen nachfragen will oder kann (weil sie beispielsweise die notwendigen Sicherheiten nicht

hat), so dass die Geldmenge stagniert – möglicherweise sogar bei einem Zinsniveau von Null. Sollten die Banken zusätzlich noch ihre Bilanzrisiken zurückfahren wollen oder müssen und entsprechend das Kreditvolumen reduzieren, dann würde die Geldmenge sogar schrumpfen – vielleicht nicht gerade so wie in den 30er Jahren als die Schuldendeflation zu einer grossen Geldvernichtung führte. Der Regulator selbst fördert diesen Prozess noch, wenn er die Geschäftsbanken zu hohen Kapitalunterlegungen bei den (produktiven) Krediten, nicht aber bei den Staatsobligationen auffordert (Michael Rasch, NZZ online, 15.6.2015).

Wären alle Schulden getilgt, dann gäbe es in der heutigen Wirtschaftsordnung praktisch kein Geld mehr, denn dasselbe ist – wie auch die SNB in ihrem Lexikon schreibt – durch Kredit entstanden. Ohne Geld wäre die Wirtschaft aber in einer tiefen Depression – noch tiefer als in den 30er Jahren. Wer heute massive Schuldenrückzahlungen fordert, propagiert implizit eine Geldpolitik, die die Volkswirtschaften zwingenderweise in den wirtschaftlichen Abgrund führt. Deshalb sitzen die meisten Notenbanken ebenso in der Schuldenfalle wie die Staaten mit ihrer Fiskalpolitik. Ein Entrinnen gibt es für die Geldpolitik (und allenfalls auch die Fiskalpolitik) nur, wenn die Geld- von der Kreditschöpfung getrennt wird. Vielleicht kann dieser ökonomische Sachverhalt den Schweizerischen Souverän zur Unterstützung und Annahme der anstehenden Vollgeldinitiative bewegen – denn sie stellt diese Trennung in den Vordergrund. Weil Silvio Gesells Schwundgeld immer auch Vollgeld war (oder ist), käme er dadurch zu weiteren „prophetischen“ Ehren.

Dr. Chr. Zenger
Wollerau
21. Juni 2015